

Die Botschafter von Estland, Lettland und Litauen haben Anfang Januar gemeinsam einen Brief an ZEIT ONLINE verfasst, in dem die Redaktion gerügt wird, geschichtliche und völkerrechtliche Fakten in Berichten über die drei Staaten nicht korrekt dargestellt zu haben.

Die Online-Ausgabe der Wochenzeitung bezeichnete die drei Staaten in der Serie „Das Erbe der Sowjetunion“ als „Nachfolgestaaten der Sowjetunion“. Dies sei völkerrechtlich inkorrekt, es habe nie einen freiwilligen Beitritt der Staaten zur Sowjetunion gegeben. Vielmehr sei die gewaltsame Annexion von den meisten westlichen Staaten, darunter Deutschland, völkerrechtlich nie anerkannt worden, so der Brief. Viele Geschichtsbücher bestätigen diese Sichtweise.

Nach Wiedererlangung der staatlichen Souveränität vor 25 Jahren traten die modernisierten Verfassungen der Vorkriegszeit wieder in Kraft. Dies verkörpere die staatsrechtliche Kontinuität der drei Staaten, heißt es in dem Brief weiter. Völkerrechtlich gesehen waren Litauen, Lettland und Estland nie Sowjetrepubliken, ebenso wenig entstanden sie in den 90er Jahren einfach so aus dem Nichts. Ergo sei es nicht richtig, von „Nachfolgestaaten“ zu sprechen.

Das litauische Außenministerium berichtet, dass sich die Redaktion von ZEIT ONLINE zu dem Fall bereits geäußert hat. Sie versprach, den historisch und im Sinne des internationalen Rechts inkorrekten Begriff nicht mehr zu verwenden.

### **Der genaue Wortlaut des Briefes**



Berlin, den 4. Januar 2017

Sehr geehrter Herr Wegner,

als Botschafter der Baltischen Staaten in der Bundesrepublik Deutschland wissen wir den qualitativ hochwertigen Journalismus hierzulande, darunter den wichtigen Beitrag der ZEIT, sehr hoch zu schätzen. Insbesondere die einschlägigen und erkenntnistiefreichen Berichte der führenden deutschen Medien über die Entwicklungen in den Baltischen Staaten verfolgen wir stets mit großer Interesse.

Dennoch möchten wir Sie hiermit auf die ZEIT ONLINE Seite „Das Erbe der Sowjetunion“ aufmerksam machen, die sich laut Untertitel mit der Frage „wie es den Nachfolgestaaten der Sowjetunion 25 Jahre später geht“ auseinandersetzen sollte.

Wir möchten zur Aufmerksamkeit bringen, dass die Darstellung der Baltischen Staaten als „Nachfolgestaaten der Sowjetunion“ nicht der historischen Wahrheit entspricht und gleichzeitig völkerrechtlich unzutreffend ist. Die Baltischen Staaten traten nie freiwillig der Sowjetunion bei. Ihre illegale Einverleibung in die UdSSR infolge der militärischen Okkupation bedeutet deshalb keine völkerrechtlich wirksame Staatennachfolge.

Die im Jahr 1940 erfolgte militärische Besetzung und spätere Annexion der Baltischen Staaten durch die Sowjetunion wurde von den meisten westlichen Staaten, darunter auch von der Bundesrepublik Deutschland, die jene nie anerkannte. Daran haben sich alle deutschen Bundesregierungen seit dem Bundeskanzler Konrad Adenauer bis zu der Wiederherstellung unserer Unabhängigkeit vor rund 25 Jahren gehalten. Nach Wiedererlangung der staatlichen Souveränität traten die revidierten Verfassungen der Vorkriegszeit wieder in Kraft. Sie verkörpern die ununterbrochene staatliche Kontinuität der Baltischen Staaten.

Die Aufarbeitung der sowjetischen Besetzung und deren Folgen wurde zu unserer unabweislichen Aufgabe wie im Inland, so auch bei den internationalen Organisationen, Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit. Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Ihre Redaktion künftig diesen historischen und völkerrechtlichen Hintergrund berücksichtigen würde.

Mit freundlichen Grüßen

Dirvidis Muzikis

Botschafter der Republik  
Litauen

Elita Kozma

Botschafterin der  
Republik Lettland

Dr. Mari Laanemäe

Botschafter der Republik  
Estland

Bild-Quelle: <https://twitter.com/DMatulionis/status/816950605256212480>